

Resolution

"Rechtsradikalismus und –extremismus bekämpfen"

Die Phänomene des Rechtsextremismus und rechtsextremistischer Gewalt im bundesdeutschen Alltag sind nach wie vor ein immer ernster werdendes Problem. Im Fokus der medialen Aufmerksamkeit sind zwar oft die neuen Bundesländer, in denen schon viel Erschreckendes geschehen ist und noch geschieht. Aber auch bei uns in Baden-Württemberg gibt es mehr als genug Berichterstattungen über rechte Gruppierungen, die durch Veranstaltungen oder auch kriminelle Aktionen von sich reden machen:

- Skinhead-Konzerte mit mehreren hundert, meist jugendlichen BesucherInnen in Großstädten,
- Aufmärsche von Rechtsradikalen, die offen gegen ihnen nicht genehme Mitmenschen demonstrieren,
- Schändungen jüdischer Friedhöfe,
- Angriffe auf MigrantInnen und Einschüchterungen von KritikerInnen,
- moderne „RattenfängerInnen“, die unter dem Mantel der Jugendarbeit ihre menschenverachtenden Ideologien streuen

Das gab es schon einmal in ähnlicher Form und mit furchtbaren Folgen.

Erschreckend hierbei ist, dass die TäterInnen, SympathisantInnen und MitläuferInnen meist jung bis sehr jung sind. Hier ist Handlungsbedarf geboten!

Diesen Entwicklungen müssen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln Einhalt gebieten und aktiv entgegenwirken.

Die Ursachen sind vielfältig: Unwissenheiten aller Art, materielle Notlagen, Neid, fehlende Bildung, verweigerte Chancen, nicht vorhandene berufliche Perspektiven, Versagen der Verwaltung in allen möglichen Bereichen, Mittelkürzungen, fehlende langfristige Konzeptionen bei staatlichen Unterstützungsprogrammen und fehlende Vernetzung kommunaler, landesweiter und bundesweiter Programme, Gleichgültigkeit, geheime Sympathien, Bagatellisierung und Wegsehen – all dieses trägt seinen Teil dazu bei, dass eine eigentlich kleine Minderheit wieder marschiert.

Die Gründe dafür alleine in Frustration und mangelnder Perspektive der TäterInnen zu sehen ist zu kurz gegriffen. Denn das Problem ist in vielen Jahren entstanden, und der gesellschaftliche Konsens ist schon zu breit, wie eine Reihe von Untersuchungen zeigen.

*„Wir müssen eine Gesellschaft werden,
in der Menschen ohne Angst verschieden sein können.“
(Theodor W. Adorno)*

Dieses richtet sich an TäterInnen wie Opfer, an die politisch wie gesellschaftlich Verantwortlichen gleichermaßen. Auch die so genannte vierte Gewalt, die Medien, sind hier angesprochen und müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen.

Diese Resolution soll eine Aufforderung an die Landesregierung und ein Appell an die im Landtag vertretenen Parteien sein, sich dem Problem des Rechtsradikalismus und rechtsextremer Gewalt ohne ideologische Scheuklappen anzunehmen und gemeinsam zum Wohl der Menschen im Land und auch darüber hinaus mit Entschiedenheit zu handeln. Billigen Populismus von PolitikerInnen jeder Richtung, der mit rechtsextremen Ressentiments spielt, lehnen wir ab.

Rechtsextremismus – wie der Extremismus jeder Couleur – ist gefährlich, weshalb ihm entschieden begegnet werden muss. Er ist in seinem Kern zutiefst undemokratisch, da er den freiheitlichen Pluralismus, auf dem unser moderner Rechtsstaat beruht, zerstören will.

Die Situation in Baden-Württemberg

Es gibt in diesem Land keine gefestigte rechte Szene, jedoch existieren an vielen Orten - teilweise auch nur kurzfristig – entsprechende Gruppierungen. Sie versuchen über Musikveranstaltungen und Aufmärsche Aufmerksamkeit zu erregen und junge Menschen an sich zu binden.

Aktive und passive TäterInnen sind häufig Jugendliche, dabei nimmt der Anteil junger Frauen zu. Jugendliche beiderlei Geschlechts sind also empfänglich für rechte Parolen. Auffällig ist auch, dass die Rechten in Baden-Württemberg versuchen, sich „rechtstreu“ zu verhalten, um den Sicherheitsbehörden möglichst wenig Anlass einzuschreiten zu bieten. Zugleich pflegen sie gegenüber dem rechtskonservativen Lager in Baden-Württemberg das Image der „braven“ und „harmlosen“ Jungs und Mädels.

Wie Erfahrungen zeigen, sind die meisten der jugendlichen „TäterInnen“ zunächst ideologisch nicht gefestigt. Rechtzeitiges Gegensteuern kann daher verhindern, dass Jugendliche in den rechten Sumpf abgleiten. Rechtsextremismus und Intoleranz gehen uns alle an, im Schachklub so gut wie beim Fußball oder in der Kirchengemeinde. Kommunalparlamente, Kirchen, Vereine, Schulen, Universitäten, Gewerkschaften, Polizei dürfen auf dem rechten Auge nicht blind sein. Wir sehen hier insbesondere Behörden und die Zivilgesellschaft in der Pflicht. Offensives Hinsehen und Ansprechen der Probleme, wo immer dies möglich ist, ist daher die wichtigste Grundhaltung demokratisch mündiger BürgerInnen. Sie macht das Wegschauen unmöglich. Diese Haltung der Zivilcourage muss gezielt verstärkt werden.

Ansatzpunkte für eine wirksame Abhilfe

In der Erziehung:

Erziehung zu Toleranz und Verständnis gegenüber „Anderen“ und „Andersdenkenden“ durch aktives Vorleben - bereits in den Familien - ist eine der Grundlagen einer freien Gesellschaft. Uns Grünen ist wichtig, dass der Staat diejenigen Eltern, die seine Hilfe benötigen, nicht alleine lässt.

Die Erziehung zu selbstbewussten jungen Menschen, die nicht unreflektiert spektakulär klingende Parolen übernehmen und diese mit Gewalt durchsetzen wollen, muss das Ziel staatlicher Bildungspolitik sein. Gelebte und selbst erlebte Toleranz verfestigt sich in den Köpfen. Dieses beginnt spätestens im Kindergarten und endet in einer sich ständig verändernden Welt wohl nie. Sie ist daher Aufgabe und Gegenstand lebenslangen Lernens.

Die Schaffung heterogener Gruppen auf allen Ebenen ist ein erster Schritt im Bereich des Erziehungs- und Ausbildungswesens.

Hier fordern wir:

- Einrichtung von Elternberatungsstellen, um gezielt eingreifen zu können, wenn Kinder plötzlich entsprechende Aktivitäten entwickeln oder andere soziale Auffälligkeiten zeigen.
- Beibehaltung der Grundschulbezirke zur Vermeidung homogener Klassenverbände.
- Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. So kann der viel zu frühen Aufteilung der Altersgruppen in vermeintlich „gute“ und „schlechte“ Kinder (hier oft solche mit Migrationshintergrund), die zu einer Zementierung bestehender, an Ethnien orientierter Klassenverbände, beiträgt, wirksam gegengesteuert werden. Hierzu gehört auch die längst überfällige Eingliederung von Kindern mit Behinderungen in die Regelschulen. Institutionelle Diskriminierungen darf es im Schulsystem und in allen anderen Bereichen nicht mehr geben.
- Vernetzung/Abstimmung der Erziehungs-, Lehr- und Ausbildungspläne zur besseren Vermittlung der Werte Toleranz und Freiheit.

In Kommune und Gesellschaft und Politik

Auf kommunaler und regionaler Ebene ist festzustellen, dass insbesondere in jenen Städten und Gemeinden, in denen es laut Verfassungsschutzbericht herausragende Aktivitäten der rechtsextremen Szenen gegeben hat, die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen zu Bündnissen gegen Rechts zusammen gefunden haben. Dort ist eine enge Kooperation zwischen kommunaler Verwaltung, Polizei, Kirche und weiteren gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere aus dem Vereinsleben, entstanden. Unabhängig von den Anlässen finden dort teilweise regelmäßige Gesprächsrunden statt. Die Finanzierung von Aktionen erfolgt meist auf Spendenbasis.

Innere Sicherheit ist ein wesentlicher Standortfaktor für die Wirtschaft. Wer zieht schon gerne in eine öffentlich gebrandmarkte Stadt? Welche zu Investitionen bereiten ArbeitgeberInnen suchen sich freiwillig einen Standort aus, an dem es rechten Krawall gibt? Alternativen an Wohnraum und Gewerbestandorten sind genug geboten. Mit den ausbleibenden Menschen und deren Arbeitsplätzen sterben aber solche Kommunen allmählich gesellschaftlich und finanziell. Solche Gemeinden verkommen im Sinne der Broken-Windows-Theorie zum Tummelplatz der Rechten, die nun plötzlich in der Restbevölkerung als die Rettung und Lösung des Problems erscheinen, obwohl sie eigentlich deren Ursprung sind.

Um dieses zu verhindern, muss das Bewusstsein der kommunalpolitisch und gesellschaftlich Verantwortlichen gestärkt werden. Der Erfolg aller Initiativen gegen Rechts steht und fällt mit der Bereitschaft dieser Personen – insbesondere der BürgermeisterInnen – diese offensiv zu unterstützen und zu begleiten. Offensives Hinsehen und Ansprechen der Probleme, wo immer es möglich ist, ist dazu notwendig.

Hier fordern wir Initiativen des Landes zur:

- Einführung des Community-Coaching als wirksame Strategie gegen Rechts. Kommunalanalyse zur Benennung der Problemfelder und Feststellung der Handlungsmöglichkeiten vor Ort.
- Förderung des aktiven BürgerInnenhandelns durch öffentliche Ehrungen.

Hier fordern wir Bereitstellung von Landesmitteln:

- für Schulen und Jugendverbände, die „Runde Tische“ ins Leben rufen und als Frühwarnsystem fungieren, um jede bekannt werdende Aktion undemokratischer Gruppierungen sofort in die Öffentlichkeit zu bringen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.
- zur Einrichtung zumindest regionaler "Kummerkästen" oder Sorgentelefone, wo anonym gesprochen werden kann.
- für regelmäßige Projekttag in Schule und Verein (Hand in Hand tolerant) unter der Schirmherrschaft allgemein akzeptierter SympathieträgerInnen.
- zur Schaffung und Stärkung neuer und bereits bestehender Beratungsstellen.
- um die Jugendarbeit in den Kommunen stärken und finanziell besser als bisher zu unterstützen. Denn jungen Menschen müssen verstärkt alternative Angebote unterbreitet werden.

Wichtig ist die Förderung von Toleranz gegenüber allen Minderheiten. Rechtes Denken richtet sich gegen Frauenrechte, gleichgeschlechtliche Lebensweisen, gegen fremd aussehende Menschen in unserer Gesellschaft und generell gegen Andersdenkende. Unser freiheitlicher Rechtsstaat lebt von der Vielfalt und der Toleranz! Solange in dieser Gesellschaft Minderheiten aller Art auf allen Ebenen benachteiligt werden, bestärkt dieses rechts denkende Menschen in ihren Ansichten und lässt sie – manchmal leider zu Recht – glauben, dass eine stillschweigende Mehrheit der Gesellschaft ihr Vorgehen toleriert.

Demokratische Parteien dürfen rechtsextreme Politik nicht gesellschaftsfähig machen“ (Broschüre der grünen Bundestagsfraktion „Extrem gegen Rechts“ November 2006). Deshalb ist auch der Umgang von PolitikerInnen mit rechtsradikalen und ihnen nahe stehenden Gruppierungen wie Parteien, Jugendorganisationen oder rechten Burschenschaften (beispielsweise Mitgliedern im Dachverband der „Deutschen Burschenschaften“) nicht unproblematisch. Falsche Gesprächsbereitschaft setzt hier falsche Zeichen und wertet diese Organisationen auf. Der Dialog muss mit den Menschen in der Gesellschaft stattfinden und nicht mit FunktionärInnen, die dieses Gedankengut verbreiten und sich nicht von noch so guten Argumenten überzeugen lassen.

Wir fordern hierfür:

- eine Aufklärungsoffensive des Landes in Medien und an Schulen, auch im Kino und im Fernsehen.
- Versorgung der MandatsträgerInnen in Kommunalparlamenten, in denen auch rechtsradikale und -extreme sitzen, mit Argumentationshilfen und -strategien gegen die üblichen rechten Parolen und Verhaltensweisen.

Wir fordern grüne PolitikerInnen auf, sich von Einladungen zu Veranstaltungen von rechtsradikalen/-extremen und ihnen nahe stehenden Gruppierungen zu distanzieren.

Polizeistatistiken verbessern

Die Polizei des Landes ist bei der Bekämpfung und Aufklärung aller Formen des politischen Extremismus eine wichtige Partnerin. Bislang lässt allerdings die polizeiliche Kriminalstatistik keine Aufschlüsse über Motivation oder Gesinnung politischer StraftäterInnen zu.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg fordern:

- eine genauere Erfassung politischer Straftaten in der polizeilichen Kriminalstatistik, die in diesem Punkt bisher sehr wenig Aussagekraft hat.
- Schaffung einer Extremismusaufklärungsgruppe im LKA.

Die Politik muss den Rechtsradikalismus und -extremismus als spartenübergreifendes Problem verstehen und handeln.

Hier fordern wir:

- die Schaffung einer/eines nur dem Parlament öffentlich berichtspflichtigen hauptamtlichen Beauftragten für Extremismus, deren/dessen Amtszeit versetzt zu den Terminen der Legislaturperioden gestaltet sein sollte. Dessen Stellung sollte wie die des Landesdatenschutzbeauftragten unabhängig sein von den jeweiligen politischen Machtverhältnissen.

Die LDK beauftragt die Landtagsfraktion von Bündnis90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, die in der Resolution beinhalteten Forderungen in parlamentarische Anträge umzusetzen.